

STELLUNGNAHME zum Antrag SPD-Gemeinderatsfraktion vom: 10.01.2012 eingegangen: 10.01.2012	Gremium:	32. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	28.02.2012 991 13 öffentlich Dez. 5
Umstrukturierung der Reinigung in Karlsruhe		

- Kurzfassung -

Der Vorschlag einer Bündelung der Gesamtreinigung beim Amt für Abfallwirtschaft wird von der Verwaltung aufgenommen und in einer dezernatsübergreifenden Arbeitsgruppe untersucht werden. Dies soll für den gesamten räumlichen Bereich des Stadtgebietes erfolgen. Oberstes Ziel der Umstrukturierung ist es,

**die Stadt sauberer zu machen,
die Reinigungsleistungen zu verbessern und
Synergien zu nutzen.**

Finanzielle Auswirkungen des Antrages nein <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/>			
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
derzeit noch nicht zu beziffern			derzeit noch nicht zu beziffern
Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung.		Kontenart:	
Kontierungsobjekt: PSP-Element:			
Ergänzende Erläuterungen:			
Karlsruhe Masterplan 2015 - relevant	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	Handlungsfeld:	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Der Vorschlag einer Bündelung der Gesamtreinigung beim Amt für Abfallwirtschaft wird von der Verwaltung aufgenommen und in einer dezernatsübergreifenden Arbeitsgruppe untersucht werden. Dies soll für den gesamten räumlichen Bereich des Stadtgebietes erfolgen. Oberstes Ziel der Umstrukturierung ist es,

**die Stadt sauberer zu machen,
die Reinigungsleistungen zu verbessern und
Synergien zu nutzen.**

Dazu erfolgt

- eine umfassende Bestandsaufnahme,
- die Darstellung der sich aus einer Bündelung ergebenden Vor- und Nachteile,
- gegebenenfalls die Erarbeitung einer Konzeption,
- die Erarbeitung von Vorschlägen von Maßnahmen zur Umsetzung sowie
- die Darstellung der Auswirkungen auf die Kosten.

Das alles soll in einer Projektgruppe der beteiligten Stellen unter Federführung des Amtes für Abfallwirtschaft bearbeitet werden. Die Arbeit der Projektgruppe soll stufenweise erfolgen. Das heißt, nach der Bestandsaufnahme werden in der Vorbereitung einer Neukonzeption die Vor- und Nachteile einer Aufgabenbündelung erarbeitet und dargestellt. Danach ist über den Fortgang des Projektes zu entscheiden.

Ein konkreter Projektauftrag dazu wird erstellt werden, der u. a. folgende Themen und Aufgabenstellungen beinhalten wird:

- Festlegung der Reinigungsstandards und des Reinigungsturnus
- mögliche künftige Organisation der Stadtreinigung
- Integration des Winterdienstes in das Stadtreinigungskonzept
- Nutzungsmöglichkeiten von Softwareprogrammen
- Personalbedarfsermittlung
- Regelungen zu Personalübergängen von den betroffenen Stellen zur Stadtreinigung
- Umgang mit bisher extern vergebenen Aufgaben
- Unterstützung durch andere städtische Organisationen (z. B. Arbeitsförderungsbetriebe)
- Ermittlung der finanziellen Auswirkungen.

Im Rahmen des Projektauftrages wird die aufgrund des Antrages der SPD-Fraktion (behandelt in der Gemeinderatssitzung am 20.09.2011) zugesagte Prüfung und Darstellung möglicher verbesserter Standards bei der Stadtreinigung mit den daraus folgenden Kosten erledigt werden.

Viele Reinigungsarbeiten sind an andere Leistungen angegliedert oder mit externen Leistungen verknüpft. Zur Bestandsaufnahme müssen viele Leistungen, Daten und Fakten von den beteiligten Dienststellen zusammengetragen, gegenübergestellt und bewertet werden. Dies ist ein aufwendiger und komplexer Prozess, der dennoch im

Hinblick auf den Doppelhaushalt 2013/2014 bis Mitte des Jahres abgeschlossen werden soll.

Es ist beabsichtigt, den konzeptionellen Grundsatzbeschluss zur Umstrukturierung der Stadtreinigung in den Sitzungen des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit am 06.07.2012 und des Hauptausschusses am 17.07.2012 vorzubereiten und am 24.07.2012 im Gemeinderat zu behandeln.